

**Wahlaufruf
zur Bundestagswahl 1972
der Freien Demokratischen Partei**

„Vorfahrt für Vernunft“

(Beschlossen vom Bundesvorstand
in Frankfurt/Main am 1. Oktober 1972)

F.D.P.

Vorfahrt für Vernunft



Die FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI ruft die deutschen Wählerinnen und Wähler auf, am 19. November einen entscheidungsfähigen Bundestag mit einer starken liberalen Fraktion zu wählen.

Sie bittet die Wähler, gegenüber jeder Angstpropaganda und Panikmache stark zu bleiben. Es darf nicht geschehen, daß unser Land, seine Verhältnisse, seine Stellung in der Welt und die Leistungen von Bevölkerung und Regierung in den letzten Jahren herabgewürdigt werden.

Unser Land braucht im Hinblick auf seine politische Verfassung, seine wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Frieden den Vergleich mit keinem Staat dieser Erde zu scheuen.

Die Wähler der F.D.P. haben am 28. September 1969 die Weichen für eine vernünftige Politik in den 70er Jahren gestellt. Die Wähler sind aufgerufen, diese Politik zu bestätigen.

Die kleine, aber wache F.D.P. hat dafür gesorgt, daß notwendige Reformen nicht verschlafen wurden und wirklichkeitsfremde Utopien nur geträumt werden konnten. Sie hat gegenüber konservativer Erstarrung und sozialistischer Utopie den Weg der Vernunft geöffnet: den Weg der liberalen Reform.

Die CDU/CSU bietet keine Alternative.

Die SPD bedarf liberaler Kontrolle.

In der parlamentarischen Demokratie ist jede demokratische Partei mit jeder demokratischen Partei

grundsätzlich koalitionsfähig. Die Wähler haben aber einen Anspruch darauf, vor der Wahl zu erfahren, was die Parteien nach der Wahl anstreben. Die F.D.P. sagt das. Sie bittet die Wähler um ein klares Mandat für eine Fortsetzung der Regierung Brandt/Scheel mit einem stärkeren liberalen Anteil und Gewicht.

Die F.D.P. kann nach Abwägung aller Argumente und reiflicher Prüfung der sachlichen und personellen Voraussetzungen nicht dazu beitragen, Rainer Barzel in das Amt des Bundeskanzlers zu bringen und mit einem Nebenzkanzler Franz-Josef Strauß die Bundesrepublik einer Politik der Unberechenbarkeit auszusetzen. Es entspricht staatspolitischer Einsicht, der CDU/CSU in der Opposition die Chance zur personellen Regeneration und zur programmatischen Reform zu geben.

Die F.D.P. ist stolz darauf, mit ihrer Ministermannschaft WALTER SCHEEL — HANS-DIETRICH GENSCHER — JOSEF ERTL eine solide Leistung vollbracht und die Bundesregierung drei Jahre lang durch das Beispiel einer guten kollegialen Zusammenarbeit stabilisiert zu haben.

Mit WALTER SCHEEL und seiner außenpolitischen Leistung wurde die Bundesrepublik vor der drohenden Isolierung in ihren internationalen Beziehungen bewahrt, der Friede in Mitteleuropa sicherer gemacht, dem weiteren Auseinanderleben der deutschen Nation Einhalt geboten und die europäische Einigung vorangetrieben. Die F.D.P. hat eine konstruktive deutsche Ostpolitik nicht nur durch jahrelange Denkarbeit vorbereitet und ihr in der öffentlichen Meinung unse-

res Landes eine breite Zustimmung erkämpft, sondern sie auch gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU-Opposition im Bundestag mit durchgesetzt. Die CDU/CSU hatte in den Schicksalsfragen der Nation keine Alternative. In entscheidender Stunde flüchtete sie in die Stimmenthaltung.

Mit HANS-DIETRICH GENSCHER und seiner innenpolitischen Leistung wurden jahrzehntelange Versäumnisse bei der Wahrnehmung der Verantwortung des Bundes für die innere Sicherheit aufgearbeitet, das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Verbrechensbekämpfung entscheidend verbessert, neben zahlreichen anderen innenpolitischen Reformen ein groß angelegtes Umweltschutzprogramm entworfen und mit einem ersten Gesetzgebungspaket verwirklicht.

Mit JOSEF ERTL wurde in der Agrarpolitik ein neuer Weg beschritten, um die Menschen auf dem Land gleichberechtigt in unsere Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren. Er hat bewiesen, daß Agrarpolitik Gesellschaftspolitik für die Menschen auf dem Lande und in den Städten sein kann. Diese Leistungen des Bundesernährungsministers und seine klare Haltung bei der Wahrnehmung deutscher Interessen bei den europäischen Entscheidungen in Brüssel mußten von allen gewürdigt werden.

Die F.D.P. hat dafür gesorgt, daß Reformen mit Augenmaß und Sachverstand durchgeführt wurden. Die Opposition hatte keine Alternative. Von mehr als dreihundert Gesetzen des 6. Deutschen Bundestages stimmte sie über neunzig Prozent zu. Sie hat daher keinen Anlaß zur Kritik an der Gesetzgebungsarbeit der letzten drei Jahre.

Die F.D.P. wird die erfolgreiche Außen-, Innen- und Agrarpolitik ihrer Minister weiterführen. Sie verfolgt darüber hinaus für die kommende Legislaturperiode in erster Linie folgende Ziele:

- eine liberale Wirtschaftspolitik, die im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung mehr Stabilität und Wettbewerb sichert;
- eine liberale Steuerpolitik, welche die notwendigen Mittel für die großen öffentlichen Aufgaben

sichert und dem Bürger den Anreiz zu eigener Leistung bietet;

- eine liberale Rechtspolitik, welche das größtmögliche Ausmaß an Freiheiten und Rechten des einzelnen mit dem notwendigen Maß an Sicherheit des Bürgers verbindet;
- eine liberale Bildungspolitik, welche die Gleichheit der Chancen gewährleistet, ohne die individuelle Leistung durch Gleichmacherei und bürokratisches Berechtigungswesen zu ersticken;
- eine liberale Gesellschaftspolitik, die Frauen und Männern gleiche Chancen, Rechte und Pflichten in Familie, Beruf und Gesellschaft sichert und im Bereich der Eigentumsordnung, des Bodenrechts, der Vermögensbildung, der Mitbestimmung und des Umweltschutzes die Forderungen des Freiburger Programms der F.D.P. von 1971 verwirklicht.

Die F.D.P. tritt in dem Bewußtsein vor die Wähler, ihr Nürnberger Wahlprogramm von 1969 weitgehend verwirklicht, ihren Wählerauftrag gewissenhaft wahrgenommen und ihre Pflichten als Wahrer liberaler Grundsätze getan zu haben. Ihre Koalitionsaussage ist kein Blankoscheck an die SPD. Sie geht von der Fortführung fairer Partnerschaft und der erneuten Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm aus, das wieder sozial-liberal und nicht sozialistisch sein wird.

Die F.D.P. bittet die Wähler, ihr den Rückhalt zu geben, der großen Verantwortung auch in Zukunft gerecht zu werden, die sie für die Fortsetzung und den Ausbau einer Strategie des Friedens und der Versöhnung in Europa, eine Politik der vernünftigen Reformen in Deutschland und den inneren Frieden in unserer Gesellschaft trägt.

Die F.D.P. bittet die Wähler, unser Land vor dem Abenteuer eines Rückfalls in die konservative Erstarrung ebenso zu bewahren, wie vor einer Herrschaft ideologischer Fanatiker. Sie bittet die Wähler um ein Zeichen der Vorfahrt auf dem geraden Weg der liberalen Reform, um

**Vorfahrt für
Vernunft.**

